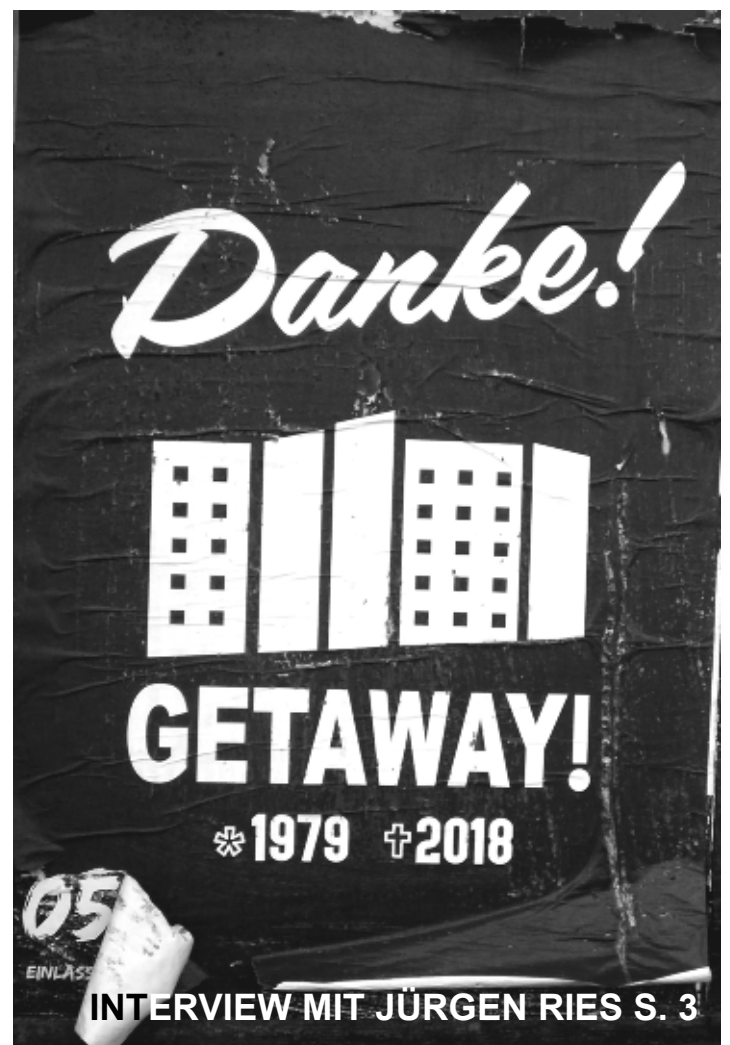


tacheles **GRATIS**

Zeitung für Emanzipation und Solidarität Ausgabe 69 Frühjahr 2018 · Kostenlos



**RÜSTUNGSEXPORTE
UND AUFRÜSTUNG S. 13/14**



Inhalt

Interview mit Jürgen Ries zum Ende des Getaway's	3
Demo am 26.5. - 25 Jahre nach dem Brandanschlag	4+5
Unzureichende neue Regelung bei Kosten der Unterkunft	6
Bundesweites Bündnis für Verbesserung der KdU-Regelungen	6
Qualitätsoffensive für das Städtische Klinikum mit neuem Konzept - für einen Patientenbeirat	7+8
Der Jugendstadtrat - kann der was?	8
Bürgerfunk-Sendungen in Gefahr!	9
Nachruf für Hilde Trojahn (1943 - 2018)	10
Appell zum 75. Jahrestag der Deportation der Sinti und Roma	10
3. März als Gedenktag an die Deportation im Bergischen etabliert	11
SolingerInnen engagieren sich für Gefangene aus Ovacik in der Türkei	12
Frieden schaffen - statt Rüstungsexporten und Aufrüstung	13+14
Solingen früher in 3d	14
Gefangen auf Lesbos. Amnesty International protestiert	15
Veranstaltungen und Gruppeninfos	16

Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation
und Solidarität

Die Zeitung wurde von dem
Redaktionskollektiv erstellt. Auflage
3.000

Kontakt & Zuschriften: c/o Café
Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655
Solingen

E-Mail: tacheles-solingen@gmx.de
www.tacheles-solingen.de

Ausgabe 69, 15.4.2018

ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche
c/o Café Courage,
Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
Bankverbindung:

Bürgerinitiativen-Büro Solingen e.V.
IBAN: DE31330605920005464641
BIC: GENODED1SPW (Sparda Bank)

Layout: Heinz Mähner

Titelbild: Zeichnung: K. Kollwitz „Nie
wieder Krieg“ 1924. Foto Brandan-
schlag: (cc) Sir James. Solingen 3d:
H. Mähner. Foto Getaway: D. Gaida

tacheles-Jahresabo
Ein Jahr für 13 € frei Haus
Unterstützungs-Abo 20 €
frei Haus

Bankverbindung
Bürgerinitiativenbüro e.V.
IBAN: DE31330605920005464641
Stichwort „tacheles-Abo“
BIC: GENODED1SPW (Sparda Bank)



Frauen und
Café Courage
Initiativen Treff e.V.

Klemens-Horn-Str. 3
42655 Solingen
Tel.: 0212 27 36 35

Mittwochs offene Tür
von 12:00 bis 16:00 Uhr

Offener Willkommenstreff für Flüchtlinge und
UnterstützerInnen

von 16:00 bis 18:00 Uhr

Hausaufgabenhilfe



INTERVIEW MIT JÜRGEN RIES ZUM ENDE DES GETAWAY'S

Das Getaway wurde 1979 in Glüder eröffnet. 1981 hast du den Betrieb übernommen, 1992 ist das Get nach Ohligs umgezogen. Zunächst möchten wir Dir als langjährigem und treuem Anzeigenkunden der tacheles danken.

Was waren für dich die Highlights deiner Zeit mit dem Getaway?

Es gab viele Highlights, manchmal auch kleine. Die Konzerte sind wirklich hängengeblieben. Es waren Sachen dabei, die superklasse waren, auch im Backstage-Bereich. *Die Fantastischen Vier* war ein Superkonzert, *Mother's Finest*, *Linton Kwesi Johnson*, *Black Uhuru*, *Manfred Mann's Earth Band*... Das war so eine Vielzahl ...

Vor 25 Jahren gab es den Brandanschlag in Solingen. Wie hat das Getaway dieses Thema aufgegriffen? Was denkst du heute dazu?

Wir haben ca. 1993 die Veranstaltung „*Nit te bang – Mull opmaken*“ zusammen mit mehreren Organisationen und Coco Teuber als Stagemanager durchgeführt. Das ging von 10 - 22/23 Uhr und war eine super Sache.

Die Talkrunden mit Gregor Gysi, Ignaz Bubis, Johannes Rau und anderen waren sehr interessant. Dabei konnten in der Öffentlichkeit diverse Probleme diskutiert werden. Diese Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Stadt waren gut besucht, das hat sonst nirgendwo stattgefunden. Wir wollten nicht nur die reine Disco zum Tanzen sein.

Ich habe das Gefühl, dass der Brandanschlag ganz vieles in Solingen verändert hat, was man auch jetzt noch sieht. Danach ist da etwas mit unseren ausländischen Mitbürgern irgendwie umgewechselt. Nach einiger Zeit hatten wir über viele Jahre zu kämpfen. Es gab irgendwann diese Straßengangs, die haben sich verselbstständigt. Manche haben sich komplett abgekapselt. Das war nicht bei allen so. Wir hatten viele Migranten im Get, die keinen Bock auf Auseinandersetzungen hatten, die enger zusammengerückt sind mit uns. Von Seiten der Politik wurde gesagt, es gibt keine Probleme, aber wir haben sie gespürt. Zuerst wurde vieles verdrängt, dann durfte nicht darüber gesprochen werden, viele Jahre später hat man dann hingeschaut. Alles ist ein ganz langer Entwicklungsprozess, es funktioniert nicht immer alles sofort.

Hättest du dir mehr Unterstützung seitens der Stadt Solingen für das Getaway gewünscht?

Manchmal ja. Manchmal wäre es gut gewesen, es hätte eine Finanzierung für die ein oder andere Sache gegeben. Die Stadt hätte z.B. eigene Veranstaltungen bei uns machen können. Die Zusammenarbeit mit den bei Problemen zuständigen Stellen lief aber gut, wir haben uns an einen Tisch gesetzt. Wir ha-

ben auch mit den Nachbarn runde Tische gemacht und eine Lösung für Probleme gefunden.

Werden Discos heute noch gebraucht? Hat etwas anderes deren Funktion übernommen?

Tja, ich glaube, dass Clubs schon noch gebraucht werden, aber nicht mehr in der Häufigkeit, wie das vor 20/25 Jahren der Fall war. Es hat sich viel auf die private Ebene verschoben, auch das Feiern. Die Leute haben nicht mehr so die persönliche Bindung an Clubs oder Orte, wo sie hingehen. Durch Facebook ... bekomme ich heute eine Unmenge Infos über Veranstaltungen in Nachbarstädten – und das nutzen die jungen Leute. Auch der ÖPNV ist viel besser ausgebaut, die jungen Leute sind wesentlich mobil geworden. Ich habe auf dem Smartphone



Lee Scratch Perry zusammen mit der Solinger Band *Soon Come* 1994 im Getaway
Foto: Archiv / Birgit Correns

alle Musik dieser Welt, treffe mich mit Kumpels irgendwo, die Eltern sind viel lockerer geworden und hören die Musik mit, man trifft sich im Sommer auf der grünen Wiese und hört Musik. Ich war Gast in der liberalen Bürgerfunksendung und hatte ein langes Gespräch mit einem jungen anderen Gast. Er sagte sinngemäß: „Man will ja nur noch in seinem Kreis feiern, man will ja nicht so einen Mischmasch.“ Wir hatten im Getaway Abende, wo ganz verschiedene Sachen liefen. Aber genau das wollen die jungen Leute nicht mehr, die Szene will unter sich sein.

Ein anderer Grund, warum das mit den Diskotheken schlechter läuft – denn die Probleme haben viele Läden – ist, dass die Anforderungen an die Jobs viel höher geworden sind, auch der Druck in der Schule ist viel stärker geworden. Früher konnte man noch länger in der Disco bleiben und am Morgen trotzdem in die Schule/zur Arbeit gehen.

Warum gab es in letzter Zeit weniger Konzerte?

Es wurde zusehends schwieriger, Bands nach Solingen zu bekommen, die wollen alle in Köln spielen. Oftmals haben sich die Kölner Clubs einen Gebietsschutz einräumen lassen: Dann dürft ihr im Umkreis von so und so vie-



len km nicht spielen. Deshalb greifen mehr Veranstalter zu Coverbands, das ist in der Cobra und selbst in der Zeche in Bochum so. Die Kosten, eine Band zu engagieren, sind richtig teuer geworden. Die bekannten Bands verdienen über Konzerte mehr als über CDs, die Einnahmen aus CDs sind wegen des Internets zurückgegangen. Dazu kommen heute die Kosten für Technik, Catering, Hotel, Transport, extra Steuer für ausländische Bands, Künstlersozialversicherung ...

Weißt du, was der Eigentümer mit dem Gebäude und dem Gelände vorhat?

Nein. Für uns war die Pacht zu hoch, der Eigentümer wollte mit der Pacht aber nicht runtergehen. Und sie wollen keine Gastronomie mehr drin haben, wegen der Versicherung und weil im Gebäude Wohnungen sind. Eine Nutzungsmischung umzusetzen ist schwieriger geworden, wegen des Lärmschutzes und weil die Gäste wegen des Rauchverbots vor der Tür rauchen.

Werden wir dich künftig in einer anderen Gastronomie treffen können?

Eher als Gast. Abends bis zum nächsten Morgen um 6/7 Uhr arbeiten, das will ich eigentlich nicht mehr.

Was bleibt als Gefühl, wenn du heute an das Get denkst?

Die 37 Jahre waren unterm Strich eine super Zeit. Trotz dem es mit viel Stress und manchmal Ärger verbunden war und die Öffentlichkeit manchmal doch etwas falsch gesehen hat. Es hat mich super gefreut, was die Leute auf Facebook geschrieben haben und dass die letzten drei Monate dann viele gekommen sind. Mit diesem Feedback habe ich niemals gerechnet. Da hat man das Gefühl, dass man in der Stadt eine wichtige Anlaufstelle geschaffen hat und über viele Jahre am Laufen gehalten hat.

An alles andere muss ich mich dann erst mal gewöhnen.

Das Gespräch führte Dietmar Gaida

25 JAHRE NACH DEM BRANDANSCHLAG VON SOLINGEN:

Am 29.5.1993 wurden fünf Frauen und Mädchen mit türkischer Zuwanderungsgeschichte bei einem faschistisch motivierten Brandanschlag ermordet. Dies war kein isolierter Einzelfall, diese Morde fielen nicht vom Himmel. In den Jahren zuvor wurde eine bis dahin seit dem Ende des NS-Terror-systems nicht mehr gekannte Hetzkampagne gegen Geflüchtete und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte durchgeführt. In den Medien wurde unter der Parole „Das Boot ist voll!“ gegen „Ausländer“ gehetzt und von einer „Asylantenflut“ halluziniert. CDU-Generalsekretär Volker Rühe startete am 12.9.1991 mit einem Rundbrief an alle CDU-Kreisverbände eine eigene bundesweite Kampagne, um eine Änderung des Grundgesetzes zu erzwingen. Handreichungen, wie man den Volkszorn schürt, lieferte Rühe frei Haus: Musterentwürfe für Ratsbeschlüsse und Presseerklärungen zur Entwicklung des „Unmuts“ gegen das Asylrecht. Weitere Politiker*innen und viele Medien heizten die Stimmung mit Hetzartikeln weiter an. So schlagzeilte BILD „Fast jede Minute ein neuer Asylant – Die Flut steigt, wann sinkt das Boot?“

Ab dem 17.9.1991 wurden in Hoyerswerda sieben Tage lang rassistisch motivierte Übergriffe geduldet. Sie richteten sich gegen ein Flüchtlingswohnheim sowie gegen ein Wohnheim vietnamesischer Vertragsarbeiter*innen, das der Mob in Brand setzte. Neonazis feierten nach der Evakuierung der Angegriffenen Hoyerswerda als erste „ausländerfreie Stadt“ Deutschlands. Dies war das Fanal zu einer Anschlagswelle: Zwischen 1991 und 1993 wurden mehr als 4.700 rechte Übergriffe und Anschläge gezählt, bei denen 26 Menschen getötet und fast 1.800 verletzt wurden. In Rostock-Lichtenhagen konnten sich hundert Vietnames*innen nur mit Glück vor dem brandstiftenden Mob retten, der sie ab dem 22.8.1992 fünf Tage lang von der Polizei ungestört belagerte. Am 23.11.1992 starben bei einem von Neonazis verübten Brandanschlag auf zwei Wohnhäuser in Mölln drei Menschen mit türkischer Zuwanderungsgeschichte, darunter zwei Kinder. Drei Tage nach der Parlamentsentscheidung zur massiven Einschränkung des Grundrechts auf Asyl zündeten in Solingen am 29.5.1993 Nazis das Haus der türkischstämmigen Familie Genç an; fünf Menschen, darunter drei Kinder wurden ermordet. 14 weitere werden z.T. lebensgefährlich verletzt.

Neben der politischen und medialen Hetze spielt der Verfassungsschutz (VS) bei der Stärkung der Nazis eine verhängnisvolle Rolle.

Die verurteilten Täter von Solingen im Alter von 16 bis 23 Jahren waren keine bekannten oder gar führenden Neonazis, sie bewegten sich am Rande der extrem rechten Szene. Die

eigene rassistische Grundeinstellung, die gesellschaftliche Stimmung, die Motivation, „mal was gegen die Ausländer tun zu müssen“ und jemand, der ein konkretes Ziel vorschlug, wurden zur tödlichen Mixtur. Entgegen den offiziellen Aussagen existierte auch in Solingen eine extrem rechte Szene, die bis ins organisierte Spektrum reichte und zu der die für die Tat verurteilten Kontakt hatten. Drei von ihnen nahmen an Kampfsporttrainings des „Deutschen Hochleistungskampfkunstverbandes“ (DHKKV) in Solingen teil, das von Bernd Schmitt geleitet wurde. Ein Großteil der Teilnehmer*innen dieses Trainings stammte aus der organisierten Neonaziszene. Auf Initiative des Vorsitzenden der Ende 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“, Meinolf Schönborn, bildete Schmitt Neonazis für Saalschutz-Aufgaben

Demonstration:
25 Jahre nach dem
Brandanschlag von Solingen
Niemals vergessen -
Unutturmayacagiz!
am 26. Mai 2018, 12:00 Uhr, in
Solingen-Mitte, Am Südpark

und gewalttätige Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner aus. Schönborns Ziel war es, Kämpfer*innen für den Aufbau eines „Nationalen Eingreifkommandos“ heranzuziehen. Doch auch andere Rechtsaußen-Gruppierungen hatten zeitweise ein Auge auf die Kampfsportschule geworfen, beispielsweise „Die Republikaner“, ebenfalls bemüht, eine schlagkräftige Truppe aufzubauen. Für den nicht sichtbar politisch aktiven Schmitt, der nie Berührungspunkte zur extremen Rechten hatte, war dies nicht zuletzt ein lukratives Geschäft: Er hatte sich schon zuvor vom Verfassungsschutz als bezahlter V-Mann anwerben lassen, dem er seine beim DHKKV gewonnenen Erkenntnisse über die Szene verkaufte.

Unter den Augen und mit finanzieller Unterstützung des VS konnte sich also die Neonazi-Szene in Solingen bei tatkräftiger Mitwirkung eines V-Manns vernetzen und zu „Kämpfern“ ausbilden lassen. Und Solinger Jugendliche und Heranwachsende trainierten mit. Ohne die Unterstützung des VS wäre die Solinger Naziszene nicht so gestärkt worden. Dies trifft auch auf die Morde des NSU zu. Mindestens 40 staatlich gedungenen Zuträger*innen, so genannte V-Leute, waren rund um das Kerntrio des NSU aktiv. Die meisten

Beweisanträge zur Aufklärung dieses V-Mann-Dickichts, die die Nebenkläger*innen im NSU-Prozess stellten, wurden abgelehnt. Die Nebenkläger*innen benannten den „NSU-Komplex“ als ein strukturell Tod bringendes Gemisch aus institutionellem Rassismus, Geheimdienstverstrickung, Verharmlosung rechter und rechtsterroristischer Formierung, politischer Ignoranz und skandalöser Vertuschungspolitik. Die Fahndungsbehörden zogen einen rassistischen Hintergrund der Taten nicht ernsthaft in Betracht. Stattdessen wurden die Opfer zu Tätern gemacht, es wurde einseitig im „migrantischen Milieu“ ermittelt. Die Medien taten ihr Übriges, um die Opfer zu diskreditieren, indem sie die Anschläge zynisch als „Dönermorde“ titulierten. Die Existenz einer Naziterrorgruppe schien angeblich unvorstellbar. Dies wurde besonders deutlich beim Vorgehen der Polizei nach dem Nagelbomben-Attentat auf der Kölner Keupstraße.

Noch nach Bekanntwerden der NSU-Morde wurden mehrere Hundert Akten zu bekannten Neonazis geschreddert, bevor sie vom Untersuchungsausschuss des Bundestags eingesehen werden konnten. Vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuss musste der Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz, Lothar Lingen, zugeben, dass er die Akten mit NSU-Bezug mit voller Absicht habe vernichten lassen, um bohrende Fragen von seiner Behörde fernzuhalten.

Der NSU-Untersuchungsausschuss des NRW-Landtags schrieb in seinem Schlussbericht: „Für den Ausschuss entstand durch den Einsatz von Führungspersonen der Neonazi-Szene als V-Personen der Eindruck, dass der VS vermittelt über diese Personen indirekt am Aufbau und der Festigung der entsprechenden Gruppierungen wie der Szene insgesamt mitwirkte.“

Auch beim Anschlag in Düsseldorf-Werhahn am 27.7.2000 gibt es diesen Verdacht: So führte der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz in diesem Jahr einen V-Mann, der eng bekannt war mit dem zurzeit als Haupttäter angeklagten und zeitweise sogar für dessen Firma arbeitete. Dennoch weigerte sich der Untersuchungsausschuss des NRW-Landtags, Fragen zur Rolle des VS und dessen V-Leuten beim Werhahn-Anschlag zuzuweisen.

Bis heute ist der Verfassungsschutz unkontrollierbar

Der Anschlag von Solingen und die Morde des NSU sind nur zwei Beispiele, die verdeutlichen, dass der VS als Behörde weder Willens noch von seiner Aufgabenstellung in der Lage ist, rechte Umtriebe zurückzudrängen und hier lebende Menschen zu schützen. Im Gegenteil: Durch das gezielte Anwerben von bezahlten V-Leuten in der extremen Rechten wird die Szene sogar noch unterstützt. Indirekt aber auch dadurch, dass anti-



faschistischen und antirassistischen Initiativen, die den Inlandgeheimdiensten oftmals als „verfassungsfeindlich“ gelten, die Arbeit erschwert wird.

Nach „Solingen“ wächst Widerstand

Als Reaktion auf den Brandanschlag von Solingen wehrten sich Migrant*innen erstmals in Deutschland massenhaft. In Solingen gab es mehrere Demonstrationen der vom Rassismus Betroffenen und einer breiten antirassistischen Bewegung. Die größte Demonstration am 5.6.1993 mit 12.000 Teilnehmer*innen wurde vom Solinger Appell und einer eindrucksvollen bundesweiten Bewegung organisiert. Dazu gehörten u.a. Migrant*innenvereine, Antifagruppen, ASten, Flüchtlingsunterstützungs- und Menschenrechtsgruppen, Gewerkschaften sowie Frauengruppen. Die politischen Ziele dieser antirassistischen Bewegung waren die Zerschlagung der faschistischen gewalttätigen Organisationen und ihrer Strukturen, der Kampf für gleiche politische und soziale Rechte wie das Wahlrecht und die „Doppelte Staatsangehörigkeit“ für alle hier lebenden Menschen sowie für das Recht auf Asyl.

Weiterhin gab es die lang anhaltende Besetzung der zentralen Kreuzung Schlagbaum sowie zerstörte Schaufenster in der Solinger Innenstadt. In Solingen wurde ein Solidaritätskonzert veranstaltet und es entstanden viele Initiativen gegen Rassismus und Faschismus, davon zeugen bis heute Bunt statt Braun und der Solinger Appell. In weiteren Städten wie Köln und Frankfurt fanden Solidaritätsaktionen statt.

Wo stehen wir heute im Vergleich zu 1993?

Der faschistische Terror in Deutschland endete nicht mit „Solingen“: Faschistische Strömungen, Gruppen und Parteien können nach wie vor relativ ungestört agieren. Seit 1990 gab es mindestens 192 Todesopfer rechter Gewalt. Die rassistische und in großen Teilen extrem rechte AfD sitzt als stärkste Oppositionspartei im Bundestag. Nach dem Ende der „Willkommenskultur“ erinnert die heutige Situation und Stimmung sehr an die der frühen 90er Jahre. Noch schlimmer: Von den Medien, gerade auch von den öffentlich rechtlichen, werden rassistische Positionen als Teile eines normalen demokratischen Diskurses eingeordnet und hofiert. Wieder wird von verantwortungslosen Medien und Politiker*innen Angst vor Ausländer*innen geschürt. Und wiederum werden aus Schlagzeilen Brandsätze: Allein im Jahr 2017 fanden 1.715 Angriffe auf Asylsuchende und ihre Unterkünfte statt. Die Unterstützung des VS für die Rechtsterrorist*innen wurde nicht aufgearbeitet, stattdessen wurde der VS massiv ausgebaut.

Der entschiedene Aufschrei und die massive Einforderung von Konsequenzen nach „Solingen“ trug aber wohl auch mit dazu bei, dass in den Jahren 2000 und 2014 das Staatsangehörigkeitsrecht verändert wurde. Jetzt erhalten hier geborene Kinder unter bestimmten

Voraussetzungen die deutsche Staatsangehörigkeit und können die ausländische behalten. Dennoch gibt es für einen großen Teil der Migrant*innen kein Wahlrecht, nicht einmal das kommunale. Die Diskriminierung der in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund im ökonomischen und gesellschaftspolitischen Bereich existiert ähnlich wie vor 25 Jahren.



Migrant*innen werden aber auch von faschistischen Gruppen aus dem eigenen Herkunftsland bedroht, auch dies erinnert an 1993. Darnach mussten aktive türkeistämmige Antifaschist*innen, die hier zusammen mit der antifaschistischen Bewegung Konsequenzen aus dem Solinger Brandanschlag einforderten, einen Monat später einen Pogrom in der Türkei miterleben: In Sivas setzten islamische Fundamentalist*innen und Faschist*innen ein Hotel mit Teilnehmer*innen eines alevitischen Kultur-Festivals in Brand. Dabei standen auf den Straßen Menschenmassen mit Pflastersteinen bereit und verhinderten, dass die von den Flammen Bedrohten ins Freie gelangen konnten. 33 Menschen wurden ermordet.

Wir wenden uns gegen Rassismus und Faschismus in Deutschland. Wir wenden uns auch gegen hier auftretende faschistische Strömungen innerhalb der Migrant*innen. Die gemeinsame Wurzel aller faschistischen Gruppen ist die Menschenfeindlichkeit! Die rassistische Diskriminierung von Menschen verlangt das Engagement jedes und jeder Einzelnen.

Wir fordern:

- **Solidarität mit den Opfern von Rassismus!**
- **Unterstützung der Geflüchteten in ihren Kämpfen für das Recht zu leben, wo immer sie wollen!**

- **Verstärkter Kampf gegen Rassismus und faschistische und rechtspopulistische Organisationen in Deutschland und weltweit!**

- **Unterstützung antirassistischer und antifaschistischer Initiativen, die den Kampf gegen Rechts organisieren!**

- **Auflösung dieses Verfassungsschutzes und sofortiger Stopp jeglicher Subventionen rechter Organisationen durch staatliche Behörden!**

- **Für einen neuen NRW-Untersuchungsausschuss zur Rolle des Verfassungsschutzes im Umfeld des Rechtsterrorismus wie z.B. der Anschläge von Solingen, Düsseldorf-Werhahn und des NSU!**

- **Gleiche politische und soziale Rechte für alle hier lebenden Menschen!**

- **Schluss mit dem institutionellen Rassismus der Behörden und der zunehmenden Kriminalisierung von Antirassist*innen!**

- **Das Problem heißt Rassismus! Bekämpfen wir ihn – immer und überall.**

Wir laden alle Menschen ein, den Opfern der rassistischen Anschläge zu gedenken und am 26. Mai ohne Partei- oder Nationalfahnen zu demonstrieren: Gemeinsam gegen Rassismus und Faschismus!

Erstunterzeichner*innen des Aufrufs

Solinger Appell - Forum gegen Krieg und Rassismus, Türkischer Volksverein Solingen und Umgebung e.V., Alevitische Kultur-gemeinde Solingen und Umgebung e.V., Antifa Solingen, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Solingen, NaturFreunde Deutschlands OG Solingen-Theegarten, tacheles - Zeitung für Solidarität und Emanzipation, AGIF (Föderation der ArbeitsmigrantInnen in Deutschland e.V.), Anatolische Föderation, Antifaschistische Aktion LEVerkusen [AALEV], BaSo Wuppertal, Köln gegen Rechts, Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant*innen, Haziran Hareketi NRW (Juni-Bewegung NRW), Umbruch (Bergische Studierende gegen Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus), Emanzipatorische Antifa Wuppertal, Tacheles Wuppertal, alles.anders. - antiautoritäre gruppe düsseldorf, Wuppertaler Bündnis gegen Nazis, VVN-BdA Landesverband NRW, Antifaschistische Aktion Remscheid (Remscheid gegen Rechts), Soli-Komitee-Wuppertal, welcome 2 wuppertal (w2wtal), We Stay United Wuppertal, i Furiosi [organisiert in der interventionistischen Linken], FAU Solingen.

Weitere Unterzeichner*innen bitte bei solingen1993-Vorbereitung@web.de melden.

Weitere Infos und Veranstaltungen:

www.solingen93.info
Spenden für die Demo (26.5.) und die Gedenkveranstaltung (23.5.) bitte an:
Solinger Appell, DE 953006099205396600

NEUE REGELUNG BEI DEN KOSTEN DER UNTERKUNFT FÜR HILFEEMPFÄNGER IST IMMER NOCH UNZUREICHEND

Um 11,50 Euro erhöhte jetzt die Stadt Solingen die Mietobergrenze für einen Ein-Personenhaushalt mit maximal 50 Quadratmetern, von 337 auf 348,50 Euro Bruttokaltmiete (kalte Grundmiete und kalte Nebenkosten). Die Ein-Personen-Haushalte bilden mehr als 50 Prozent der Bedarfsgemeinschaften beim Arbeitslosengeld II. Wie sich für Mehr-Personen-Haushalte die Richtwerte erhöht zeigt die nachstehender Tabelle:

Unterkunftskosten zwar höher sind als die festgelegten Mietobergrenzen, die aber nicht hinzu zahlen müssen, weil das Jobcenter die höhere Miete akzeptiert und als angemessen deklariert hat. Gründe hierfür sind zum Beispiel dann gegeben, wenn der Umzug unwirtschaftlich oder wegen Krankheit oder Pflegebedürftigkeit eines Familienangehörigen unzumutbar wäre. Zählt man zu diesen 1401 Bedarfsgemeinschaften noch die 1085

Stadt	Euro
Leverkusen	459,00
Mettmann	434,00
Erkrath	434,00
Haan	414,00
Dortmund	396,00
Wülfrath	390,00
Krefeld	378,00
Wuppertal	376,00
Solingen	348,00

Maximale Quadrameter	Personen	Kalte Grundmiete	Kalte Nebenkosten	Bruttokaltmiete
50	1	256,50	92,00	348,50
65	2	331,50	112,45	443,95
80	3	405,60	137,60	543,20
95	4	471,20	166,25	637,45
110	5	596,20	189,20	785,40

Für jede weitere Personen kommen 107,10 Euro hinzu.

Obwohl die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften (insgesamt 7291), welche wegen „nicht angemessenen Unterkunftskosten“ vom Jobcenter bei der Miete gekürzt wurden, mit insgesamt 1085 um 152 niedriger war als im Mai 2017, wird sich diese geringfügige Erhöhung kaum auswirken. In der Zwischenzeit stiegen die Grundmieten und Nebenkosten weit mehr. Drastische Mieterhöhungen gab es bei der LEG (Hegelring, Kannenhof), Grand City (Hasseldelle), dem Beamtenbauverein und bei Degenhof Immobilien, um nur einige Wohnungsgesellschaften zu nennen. Unter Berufung auf die neu und höher berechneten Mieten des aktuellen Solinger Mietspiegels haben zahlreiche Vermieter ihre Mieten nach oben angepasst. Außerdem rechnen Vermieter bei Neuvermietungen schon die Erhöhung der Grundsteuer B und die Wasserpreiserhöhung zum 1.1.2018 um fünf Cent pro Kubikmeter in die Nebenkosten ein, so dass es kaum möglich wird, eine angemessene neue Wohnung zu finden. Das bedeutet, dass noch länger aus dem Regelsatz zum alltäglichen Leben zur Miete hinzu gezahlt werden muss und der Weg in die Verschuldung vorprogrammiert ist.

Das System KdU ist nicht schlüssig

Rechnet man die Hilfeempfänger des Sozialamtes bei der Grundsicherung im Alter oder Erwerbsunfähigkeit hinzu, müssen geschätzt etwa 2300 HilfeempfängerInnen zur Miete selbst hinzu zahlen, was in der Regel ein Leben weit unter dem Existenzminimum bedingt. Bei Ein-Personen-Haushalten ist da die Kürzung der Miete, um durchschnittlich 75 Euro, am höchsten. Zu den 1085 Bedarfsgemeinschaften, welche aus einer und mehreren Personen bestehen können, kommen noch 1401 Bedarfsgemeinschaften hinzu, deren

**An alle HilfeempfängerInnen,
die von Mietsenkungen des Jobcenters
und des Sozialamtes betroffen sind:**

KdU - Treff

im Arbeitslosenzentrum
SALZ
Kullerstr. 4-6
jeden Dienstag
um 14 Uhr

hinzu, welche zur Miete selbst hinzu zahlen müssen, ergibt sich, dass 34 Prozent der gesamten Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften in Solingen in nicht angemessenen Wohnungen leben. Ein solches System, in das mehr als ein Drittel nicht hinein passt, kann nicht funktionieren und schlüssig sein. Daran ändert auch nichts, wenn das Jobcenter feststellt, dass in 2017 etwa 700 Zustimmungen zur Anmietung von angemessenem Wohnraum erteilt wurden. Darüber, wie viele Hilfeempfänger vergeblich nach angemessenen Wohnungen gesucht haben oder wie viele Unterkunftskosten wegen eines nicht genehmigten Umzuges gekürzt wurden, gibt es keine Zahlen. Jeder kann aber selbst die Probe aufs Exempel starten, indem er die angemessene Grundmiete in eine Suchmaschine wie zum Beispiel Immobilienscout eingibt oder die Mietangebote in den Tageszeitungen durchforstet. Der Vergleich der Mietobergrenzen für die Bruttokaltmiete von Grundmiete und Nebenkosten ohne Heizkosten von neun Städten zeigt, dass Solingen für Ein-Personen-Haushalte mit Abstand den niedrigsten Wert hat:

In vier Monaten soll das Solinger Jobcenter aktuelle Zahlen über die Entwicklung bei den Kosten der Unterkunft vorlegen. Wenn sich mit der neuen Regelung die Zahlen der Mietsenkungen dann nicht wesentlich verbessert haben, müssten die Obergrenzen eigentlich weiter angepasst werden. Im nächsten Jahr steht eine generelle Erarbeitung des im Jahr 2014 von der Hamburger Firma Analyse & Konzepte, erarbeiteten „Schlüssigen Konzeptes“ zur Bestimmung der Angemessenheitsgrenzen an. Hier wird es entscheidend sein, dass die Stadt nicht wieder die gleiche Firma beauftragt, deren Geschäftsmodell wird nämlich inzwischen von verschuldeten Städten als Angebot für eine besonders restriktive Berechnung dieser Grenzen geschätzt.

Frank Knoche

Bundesweites Bündnis fordert, die Wohnsituation von ALG II- und Sozialhilfeberechtigten deutlich zu verbessern

Hartz IV und andere Sozialleistungen sollen das Minimum an Geld gewährleisten, welches ein Mensch in Deutschland zum menschenwürdigen Leben braucht. Das sogenannte soziokulturelle Existenzminimum ist kein Almosen, sondern rechtlich garantiert. Durch das Grundgesetz, aber auch durch internationale Verträge wie die UN Konventionen. Dieses soziokulturelle Existenzminimum wird regelmäßig durch unzureichende Erhöhung oder sogar Absenkung der KdU-Werte unterschritten. Um das Ausmaß klar zu machen: im Jahr 2016 wurden bundesweit 594 Mio. Euro Wohnkosten nicht von den Jobcentern übernommen. 13 Hartz IV-Jahre sind fast 8 Milliarden EUR die nicht von den Jobcentern übernommen wurden. Um sich dieser Situation entgegen zu stellen will das Bündnis „Auf Recht bestehen“ diese Situation in den Mittelpunkt stellen, mehr dazu hier: tacheles-sozialhilfe.de/startseite/aktuelles/d/n/2328/ mit Flyern zum Download. Die Caritas greift das KdU-Thema ebenfalls auf: tinyurl.com/ycavom9b.

Tacheles Wuppertal



QUALITÄTSOFFENSIVE FÜR DAS KLINIKUM MIT NEUEM KONZEPT

Im Rahmen der Förderung einer zukunfts-fähigen Entwicklung des Städtischen Klinikums als Maximalversorger in öffentlicher Hand soll zukünftig ein Patientenbeirat zur Qualitätsverbesserung der Patientenversorgung beitragen.

Das Sozialgesetzbuch, fünftes Buch (SGB V) sieht dazu folgendes vor: § 140f SGB V Beteiligung von Interessenvertretungen der Patientinnen und Patienten

(1) Die für die Wahrnehmung der Interessen der Patientinnen und Patienten und der Selbsthilfe chronisch kranker und behinderter Menschen maßgeblichen Organisationen sind in Fragen, die die Versorgung betreffen, nach Maßgabe der folgenden Vorschriften zu beteiligen.

Die Patientenvertreter haben bei bestimmten Entscheidungen ein Mitberatungsrecht in folgenden Gremien:

- Im Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen nach § 90 SGB V, der für die Bedarfsplanung zur Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung zuständig ist.

- Im Zulassungsausschuss der Ärzte und Krankenkassen nach § 96 SGB V und im Berufungsausschuss nach § 97 SGB V, soweit Entscheidungen betroffen sind in Zulassungssachen. Die Benennung der Patientenvertreter als sachkundige Personen erfolgt durch die Patientenorganisationen selbst, welche nach der Patientenbeteiligungsverordnung anerkannt sind.

Dem Rat der Stadt Solingen wird dementsprechend schon bald ein Bürgerantrag gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW - Anregungen und Beschwerden vorliegen. Darin schlägt die Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ dem Rat der Stadt Solingen vor, folgendes zu beschließen:

1. Den dauerhaften Wegfall der jährlichen Abgabe des Städtischen Klinikums Solingen in Höhe von € 500.000 an die Stadt Solingen.

Die Beiträge der Patienten an die Krankenkassen für stationäre Behandlungen dürfen nicht zur Finanzierung des städtischen Haushalts verwendet werden.

2. Zur Qualitätsverbesserung der Patientenversorgung soll im Städtischen Klinikum Solingen ein Patientenbeirat installiert werden.

Wünsche und Anregungen der Patienten in sozialen, psychischen und ethischen Fragen müssen bei einer Behandlung mehr berücksichtigt werden, um ein bestmögliches medizinisches, psychisches und soziales Behandlungsergebnis zu erzielen.

Um die Vollversorgung in der Nähe des Wohnortes der Patienten dauerhaft zu unterstützen, wird ein Patientenbeirat beim Städtischen Klinikum Solingen gebildet. Die-



Notfallaufnahme des Städtischen Klinikums Solingen Foto: H. Mähler

sem sollen interessierte Patienten, Angehörige, Selbsthilfegruppen aus dem Gesundheitsbereich, Senioren- und Behindertenbeiräte, sowie Interessenvertretungen (z.B. Wohlfahrtsverbände, Fraktionen des Rates, VdK) angehören.

3. Der Rat der Stadt Solingen setzt sich beim Bund für die Abschaffung der bundeseinheitlich festgelegten Fallpauschale (DRG) ein.

Die Krankenkassen sollen den Kliniken wieder die Kosten vergüten, die unter strikter Beachtung des Gebots der Wirtschaftlichkeit und einer angemessenen, fachgerechten Behandlung der Patienten als Kosten tatsächlich entstehen.

Das hätte zur Folge, dass das Städtische Klinikum Solingen als kommunaler Maximalversorger nicht in existenzielle Nöte gerät.

Vor der Eingabe werden noch viele Unterschriften von interessierten UnterstützerInnen gesammelt, die im Abschluss zusammen mit dem Antrag bei unserem Oberbürgermeister eingereicht werden sollen.

Beispiele bereits bestehender Patientenbeiräte:

Im Heidelberger NCT (Nationales Centrum f. Tumore) besteht der Patientenbeirat aus sechs erfahrenden Aktiven und ist Ansprechpartner für Anregungen, und Verbesserungsvorschläge:

Drei PatientenvertreterInnen und drei VertreterInnen aus onkologischen Selbsthilfegruppen.

Sie verstehen sich als Vermittler zwischen Patienten und Ärzten.

Im Tumor-Centrum Freiburg (CCCF) gibt es seit Dezember 2014 einen Patientenbeirat. Er setzt sich hälftig aus PatientenvertreterInnen und VertreterInnen des Tumorzentrums zusammen.

Zuständig für die Klinik ist die Dipl.-Sozialpädagogin und Psychoonkologin der

Psychosozialen Krebsberatung, Frau Erika Bächle. Ziel sind bestmögliche medizinische, psychische und soziale Behandlungsergebnisse.

Tübingen, CCCT (Comprehensive Cancer Center):

Bis zu fünf leitende VertreterInnen von Krebsselfhilfegruppen werden für die Dauer von drei Jahren von Aktiven der ca. 20 Selbsthilfegruppen aus der Region gewählt.

Dresden, UCC (Universitäts Cancer Center): Derzeit besteht der Patientenbeirat aus fünf Mitgliedern, von denen vier in regionalen Selbsthilfegruppen aktiv sind.

Die Sicht der Patienten zu den Themen Gesundheit, Ausbildung, Patientenrecht und Forschung soll durch den Beirat in die strategische Ausrichtung des UCC eingebracht werden

Das BW-Zentralkrankenhaus Koblenz setzt sogar auf eine Zertifizierung im Sinne des internationalen PLANETREE-Konzepts bis zum Jahr 2019: Offene Augen für die Infrastruktur des Hauses, offene Ohren für konstruktive Kritik der Patientenklintel und offene Gespräche über alle Ebenen hinweg sollen helfen, blinde Flecken zu erkennen und vorhandene Stärken auszubauen.

Ein zentraler Baustein des Konzepts ist der Patientenbeirat:

Als Stimme für die Patienten wurde kürzlich ein Patientenbeirat eingerichtet, der Abläufe, Organisation und Wohlfühlfaktor aus Patientensicht betrachtet und gezielt auf konkrete Punkte einwirken kann.

In transparenten, offenen, regelmäßigen Diskussionsrunden auf Augenhöhe tauschen sich ehemalige Patienten, Angehörige von Patienten und Krankenhauspersonal aus:

Was kann an der Infrastruktur im Patientensinne verbessert werden, welche Prozesse im Miteinander des Personals oder in eingefahrenen Arbeitsabläufen können optimiert werden? Der Patientenbeirat besteht aktuell

aus neun Mitgliedern.

Die Umsetzung des Konzepts Planetree stellt die „Herzensbildung“, in den Mittelpunkt: Menschlichkeit vor Kommerz.

Dabei steht die ganzheitliche Betrachtung der Patientensituation im Vordergrund.

Patientenbeirat auch bei der KV Saarland:

Auch die Kassenärztliche Vereinigung Saarland hat mittlerweile einen „Patientenbeirat“ eingerichtet.

Ziel: Die Patientenvertreter beraten und unterstützen den Vorstand der KV Saarland, um die Patienten-Versorgung zu optimieren.

Die KV Saarland erwartet im Gegenzug von den Patientenvertretern Informationen, wie sie die Auswirkungen der Gesetzgebung in der Gesundheitspolitik beurteilen.

Der Patientenbeirat versteht sich als Mittler zwischen den Versicherten, der ärztlichen Selbstverwaltung und den Vertragsärzten.

Ziel ist auch hier, die Belange der Patienten stärker in den Vordergrund zu rücken.

Zusammensetzung des Patientenbeirates:

Aus jedem der sechs saarländischen Landkreise kommen ein Mitglied und ein Stellvertreter in den Patientenbeirat. Zusätzlich nehmen immer eine Vertretung der Selbsthilfegruppen, sowie der Vorstand und die Geschäftsführung der KV Saarland an den Sitzungen des Patientenbeirats teil. Der Patientenbeirat trifft sich in der Regel einmal im Jahr in den Räumen der Kassenärztlichen Vereinigung.

Birgit Correns

Kontakt: info@solingen-gehoert-uns.org

Download Unterschriftenliste:

<http://solingen-gehoert-uns.org/>

„Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Förderung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören die Rekommunalisierung der Stadtwerke Solingen sowie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) statt Fahrplan-Kürzungen.

Seit der Gründung Anfang 2007 stellen wir uns gegen jede weitere Privatisierung der Grundversorgung unserer Stadt Solingen durch profitorientierte Konzerne.

Wir fördern die demokratische Verantwortung in unserer Stadt Solingen: durch Öffentlichkeit, Transparenz und mit Hintergrund-Informationen.

Wir treffen uns jeden dritten Dienstag im Monat um 18:30 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3.

Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

Mehr Infos: www.solingen-gehoert-uns.org

„SOLINGEN GEHÖRT UNS!“



Verein zur Erhaltung und Förderung der kommunalen Daseinsvorsorge e.V.

DER JUGENDSTADTRAT - KANN DER WAS?

Faul, Smartphone-Süchtig und politisch uninteressiert sind die heutigen Jugendlichen. Wie der Jugendstadtrat all diese Klischees widerlegt.

Unsere Generation ist vielen Vorurteilen ausgesetzt.

Wir seien nicht interessiert an der Politik, würden uns nicht engagieren und uns wäre vieles egal. Generation Social-Media.

Von Wegen! Seit 20 Jahren engagieren sich Solinger Jugendliche im JSR (Jugendstadtrat), um den amtierenden Politikern die Interessen und Forderungen der Jugend vor Augen zu führen.

Der 11. Jugendstadtrat, dessen dreijährige Amtszeit im September 2017 offiziell mit der ersten Sitzung begonnen hat, besteht aus 30 demokratisch gewählten Mitgliedern im Alter von 14 bis 20 Jahren, von denen 25 ein permanentes Stimmrecht haben.

Der Vorsitzende Niklas Nink wird unter anderem durch die vier Vorstandsmitglieder Dilan Kaplan, Max Gunkel, Finn Grimsehl-Schmitz und Marius Rauh in seiner Arbeit tatkräftig unterstützt.



Solinger Jugendstadtrat beim Bürgerfunk-Kurs Foto: Michael Bauer

Am Wichtigsten für den 11. JSR ist, dass die Belange und Ideen der Jugend eine größere Gewichtung und einen größeren Einfluss auf die aktuelle Politik haben.

Aber was genau möchten die neuen Vertreter der Solinger Jugendlichen erreichen?

Insgesamt soll es in Solingen ein größeres jugendkulturelles Angebot geben. Es besteht die Idee eines Jugendcafés, wo sich Jugendliche in ihrer Freizeit auch zu späterer Uhrzeit aufhalten und mitarbeiten können. Diese Aufgabe übernimmt die Projektgruppe Jugendkultur. Außerdem ist der JSR auf der Suche nach einer passenden Alternative zum Getaway, da die Schließung dessen viele Jugendliche stört.

Eines der Themen, die uns im Moment sehr beschäftigten, sind die Buskürzungen. Wir setzen uns dafür ein, diese zurückzunehmen. Ein weiteres Projekt, was dem JSR am Herzen liegt, ist die Between the Lines App, wo Hilfsangebote gegeben sind, die die Jugendlichen in Notsituationen unterstützen sollen. Mit der App sind wir nun in der 2. Runde der Google Impact Challenge Deutschland 2018.

Mit der Projektgruppe Pro-Agenda Contra-Nazi engagieren wir uns aktiv gegen den Rechtsextremismus und hatten hierzu am Anti-Rassismus-Tag auch einen Stand.

Weitere Projekte mit denen der JSR kooperiert sind unter anderem das Projekt „Fyouture“, das sich mit der Frage auseinandersetzt, wie die kommunalen Beteiligungschancen junger Menschen verbessert werden können.

Zum Anderen kooperieren wir mit dem Projekt „Peer 2 Peer“, dessen Absicht es ist Freundschaften zwischen Alt- und Neu-Solingern zu schließen.

Der Jugendstadtrat Solingen kann und will also was erreichen! Allerdings gibt es rechtlich begrenzte Rahmenbedingungen, die den JSR in seinen Möglichkeiten einschränken.

Mit der Hoffnung, dass dies sich möglichst bald ändert, freut sich der 11. Jugendstadtrat auf die kommenden Jahre.

Sophie Rieke, Dilan Kaplan, Hatice Sahin



BÜRGERFUNK-SENDUNGEN IN GEFAHR!

Ein hervorragendes Angebot ist in Gefahr: Radio-Sendungen selber machen – unter Anleitung und dabei kostenfrei!

Noch besteht dieses großartige Angebot für Privatpersonen, Interessengruppen, Initiativen und Organisationen:

Die kostenfreie Produktion einer Radio-Sendung in einem Tonstudio inklusive technischer Betreuung und auf Wunsch auch mit professioneller Anleitung! In unserer Region steht dafür eine Servicestelle mit einem technisch bestens ausgestatteten Studio in Remscheid (Volkshochschule) sowie ein Studio des Katholischen Bildungswerkes (KBW) in Solingen für Bürgerfunk-Produktionen zur Verfügung. Schon seit 25 Jahren bietet Michael Bauer seine fundamentierte und engagierte Unterstützung bei Planung, Organisation und Produktion und nicht zuletzt beim Hochladen von Radio-Sendungen an.

Eine eigene Radio-Sendung im Rahmen des Bürgerfunks zu produzieren bietet jedem Interessierten die großartige Möglichkeit, eigene Themen in die Öffentlichkeit zu bringen, und damit zugleich mit einem eigenen Beitrag das Rundfunkangebot demokratisch mitzugestalten.

In den meisten Ländern auf unserem Globus würde eine solche aus Steuergeldern finanzierte Einrichtung allergrößte Begeisterung hervorrufen und eine große Auslastung erfahren. Doch in der deutschen Öffentlichkeit wird der Bürgerfunk leider viel zu wenig wahrgenommen - und nicht zuletzt deshalb auch zu wenig genutzt.

Deshalb aktiv werden - um den Bürgerfunk zu erhalten...

Dabei geht der Bürgerfunk in NRW aktuell - politisch wie auch förderseitig - äußerst schwierigen Zeiten entgegen. Schon seit mehreren Jahren wird er aufgefordert, in seiner Struktur etwas zu verändern.

Wenn sich nicht genug Interessierte finden, die die Dinge aktiv in die Hände nehmen und weiter entwickeln, dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn es den Bürgerfunk bald so - terrestrisch im Rahmen des jeweiligen

Lokalprogramms - nicht mehr gibt. Die Medienwelt um uns herum hat sich mittlerweile völlig verändert; doch nicht so recht mitentwickelt haben sich die Bürgerfunk-Radiomacher. Das bleibt nicht unbemerkt von Politik und ausführender Behörde – der Landesanstalt für Medien (LfM) in NRW. Alle Regionen in NRW - also auch der Bürgerfunk bei Radio RSG - sind jetzt angehalten, in Sachberichten die Zustände vor Ort regelmäßig darzulegen. Die gemütlichen Zeiten neigen sich damit dem Ende entgegen.

Gefahr droht durch neues Landesmediengesetz!

Der Bürgerfunk an sich ist im Landesmediengesetz verankert. Seit den Novellen zum Landesmediengesetz 2007 und 2014 ist der politische Rückhalt, der sich 1990 ursprünglich für eine Bürgerpartizipation dieser Art ausgesprochen hatte, immer weiter zurückgegangen - und somit auch die Mittel.

Es ist zu erwarten, dass die neue Landesregierung, die dem Bürgerfunk ohnehin nicht besonders positiv gegenübersteht, in ihrer Regierungszeit das Landesmediengesetz noch einmal novellieren wird – natürlich nicht zum Vorteil für den Bürgerfunk.

Tenor: Wenn Einschränkungen und Mittelkürzungen anstehen - dann beim Bürgerfunk. Dort ist der Widerstand am geringsten. Für unsere Region besteht da leider keine Ausnahme.

Auch die Landesanstalt für Medien (LfM) plant weitere Kürzungen beim Bürgerfunk...

Aktuell werden auch die Fördermittel von der Landesanstalt für Medien (LfM) sukzessive gekürzt. Die Ausgabenseite der LfM mit ihren Fixkosten (z.B. Personal, Gebäude etc.) wächst stetig. Die Einnahmenseite stagniert jedoch seit vielen Jahren, so dass die wachsenden Kosten nun zum Teil (ebenfalls ansteigend) von Fördermitteln gedeckt werden müssen. Bereits seit 2016 finden Kürzungen der Fördermittel für diesen Bereich statt. Bis 2021 spricht man von insgesamt über mehr als 500.000,- € Mittelkürzung. Die neuesten Aussagen der LfM melden sogar Mittelkürzungen von rund 800.000,- €, und das bereits ab dem kommenden Jahr.



Michael Bauer betreut die Technik Foto: M. Bauer

Auswirkungen auf den Bürgerfunk:

Welche Auswirkungen das in den nächsten Monaten und besonders ab dem kommenden Jahr auf Fortbildungen und kostenfreie Produktionsmöglichkeiten in der Servicestelle mit den beiden Studios in Remscheid (VHS) und Solingen (KBW) sowie die Produktions- und Organisationsunterstützung haben wird, ist derzeit noch nicht abzuschätzen. Die aktuelle Förderung für die Servicestelle in unserer Region läuft noch bis zum 31. März diesen Jahres.

Hieraus werden die Räumlichkeiten, die Technik und auch die Produktions- und Organisationsunterstützung finanziert. Stehen diese Mittel zukünftig nicht mehr zur Verfügung, bleibt abzuwarten, ob und in welchem Rahmen die für die Redaktionen kostenfreie Produktionsumgebung überhaupt erhalten bleiben kann.

Der Bürgerfunk muss unbedingt erhalten und weiter entwickelt werden!

Es geht also nicht nur darum, sich im Bürgerradio aktiv mit Produktionen zu beteiligen, sondern auch für den Erhalt der Förderung und den Erhalt des generellen Bürgerfunk-Modells zu kämpfen!

Birgit Correns



ANLÄSSLICH DES 75. JAHRESTAGS DER DEPORTATION DER SINTI UND ROMA: Endlich Konsequenzen ziehen!



Die niederländische Gruppe Romeny Jag bei der Gedenkkundgebung am Alten Markt
Foto: Dietmar Gaida

Mindestens 62 Solinger Sinti und Roma, die Hälfte davon Kinder unter 14 Jahren, wurden am 3. März 1943 von der Kriminalpolizei aus den beiden städtischen „Zigeuner-Lagern“ (Potshauser Straße 10 und Wörthstr. 24 in Solingen), zur Deportation in das Vernichtungslager Auschwitz zusammengetrieben und abtransportiert. Es brauchte 64 Jahre, bis das vom „Unterstützerkreis Stolpersteine für Solingen“ initiierte und von Heinz Siering und der Jugendhilfwerkstatt gestaltete Mahnmal für die ermordeten Solinger Sinti und Roma am 4.3.2007 auf der Korkenziehertrasse in Höhe der Potshauser Straße feierlich enthüllt wurde. Weitere sieben Jahre später, 2014, führte der Solinger Appell gemeinsam mit weiteren Initiativen zum ersten Mal aus Anlass des Jahrestages der Deportation einen Mahn- und Gedenkang von der Innenstadt zum Mahnmal auf der Korkenziehertrasse durch. Dieser Mahngang findet seitdem jährlich statt.

Der Massenmord an den Sinti und Roma, dem nach Schätzungen im Herrschaftsbereich des deutschen nationalsozialistischen Terrorregimes ca. 500.000 Menschen zum Opfer fielen, wurde in der bundesweiten Öffentlichkeit viel zu lange verdrängt. Der 2018 verfasste gemeinsame Aufruf der bergischen Bündnisse für Toleranz, der durch die drei Oberbürgermeister von Wuppertal, Solingen und Remscheid unterstützt wird, ist daher außerordentlich zu begrüßen. Darin heißt es: „Mit dem diesjährigen Gedenken zum 75. Jahrestag möchten wir nun gemeinsam dazu aufrufen, den Ermordeten angemessen und in Würde zu gedenken.“

Die Städte Solingen, Remscheid und Wuppertal sollten die Verantwortung für ein jährliches Gedenken an ihre ermordeten Mitbürger*innen auch künftig annehmen und damit ein deutliches Zeichen gegen die weiterhin anhaltende Diskriminierung der Sinti

und Roma setzen.

Der Rassismus gegen Sinti und Roma ist nach wie vor stark verbreitet. Dies zeigte sich auch bei der Umfrage unter Solinger Schüler*innen, die gerade im Rahmen des Projekts „NRWeltoffen“ durchgeführt wurde. So bekennen sich 43% der Befragten zu Vorurteilen gegen Sinti und Roma.

Die Antidiskriminierungsarbeit und die Gedenkkultur müssen deutlich verstärkt werden. Rassistischen Einstellungen und rassistischer Hetze in Medien, Politik und sozialen Netzwerken muss entschiedener entgegengetreten werden.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma musste außergewöhnlich lange, zum Teil bis in die jüngste Vergangenheit hinein kämpfen, um die Ablehnungspraxis der Entschädigungsbehörden aufzubrechen. Mit rassistischen Begründungen wurden jahrzehntelang Entschädigungen für erlittene KZ-Haft, Sklavenarbeit in den Konzentrationslagern, Ausbildungs- und Berufsschäden sowie die Gewährung von Renten für erlittene Körperschäden verweigert.

Die wenigen Überlebenden Sinti und Roma der NS-Massenmorde verdienen eine angemessenere Entschädigung und Wertschätzung als dies bisher der Fall ist.

Roma, vor allem aus südosteuropäischen Ländern stellen die größte Gruppe der von Abschiebungen Betroffenen. Ihre systematische Diskriminierung in vielen europäischen Ländern wird in Deutschland nicht als Asylgrund anerkannt.

Aufgrund des deutschen Völkermords an den Sinti und Roma sollte der Bundestag beschließen, Sinti und Roma sowie ihre Nachkommen (ähnlich wie seit 1991 Juden und Menschen mit jüdischen Vorfahren aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion) die Möglichkeit zu geben, als Kontingentflüchtlinge nach Deutschland einzureisen.

Solinger Appell

Nachruf:

Hilde Trojahn

1943 - 2018

Hilde hat viele Jahre mit uns für eine bessere Welt gekämpft. Gegen alte und neue Nazis, gegen Krieg, wie in Vietnam und Jugoslawien, gegen Armut hier und in anderen Ländern sowie gegen die Diskriminierung von Frauen. Ihre Stärke dabei war nie das große Wort, sondern die Arbeit „im



Stillen“. Respekt verschaffte sie sich durch ihren unermüdlichen Einsatz für die alltäglichen, aber notwendigen Hilfen von Menschen in Not. Hilde wollte nicht wegsehen, wenn ihr Elend, Ungerechtigkeit und Unrecht begegnete. Mehr als 15 Jahre begleitete sie Migrantinnen und half ihnen bei der Durchsetzung ihrer Rechte gegenüber meist bürokratischen Institutionen und Behörden. Insbesondere engagierte sie sich für Frauen die häusliche Gewalt erfahren haben. Im Kirchenasyl, im Eine-Welt-Laden, bei roma amenza oder im Café Courage gehörte sie zu den Aktivisten.

Wenn Hilde sich in manche inhaltlichen Auseinandersetzungen einmischte und dabei das Gemeinsame statt des Trennenden betonte, dann hatte ihre Meinung Gewicht. Politisch und kulturell war Hilde geprägt durch die 68er Studentenrevolte und die Frauenbewegung. Als Lehrerin fand sie bei ihren Schülern großen Anklang. Als sie wegen Krankheit in der Mitte der 80er Jahre frühpensioniert wurde, lernte sie im Selbststudium Türkisch, was ihr auf zahlreichen Reisen in die Türkei, aber auch im Kontakt zu hier ansässigen Kurden und Türken zugute kam. Wegen ihrer immer schlechter werdenden Gesundheit hat sie uns schon in den letzten Jahren sehr gefehlt. Gemeinsam mit Hildes Bruder Hans Walter trauern wir um einen großartigen Menschen und eine mutige Mitkämpferin.

Redaktion tacheles und Solinger Appell

3. MÄRZ ALS GEDENKTAG AN DIE DEPORTATION DER SINTI UND ROMA 1943 IM BERGISCHEN LAND ETABLIERT

Am 2. und 3. März 1943 wurden in Wuppertal, Solingen und Remscheid rund 200 Sinti und Roma aus den damals so bezeichneten „Zigeunerlagern“ in Polizeistationen zusammengetrieben, in verschiedenen Bahnhöfen (Unterbarmen, Ohligs) gesammelt und nach Auschwitz deportiert. Unter ihnen befanden sich rund 100 Kinder unter 15 Jahren. Die Deportation und Ermordung wurde durch den sogenannten „Auschwitz-Erlass“ Heinrich Himmlers vom 16. Dezember 1942 angeordnet. Dieser bildet den grausamen Höhepunkt langjähriger Diskriminierung und Verfolgung von Sinti und Roma.



Vor dem ehemaligen Pferdestall im Hof der Remscheider Polizeistation. Foto: Dietmar Gaida

64 Jahre geschwiegen

Es brauchte 64 Jahre bis der aus dem Solinger Appell hervorgegangene Unterstützerkreis Stolpersteine die Eliminierung fast der gesamten, im Bergischen Land lebenden Sinti und Roma, öffentlich thematisierte. Zuvor hatte Stadtarchivar Ralf Rogge einen Text zu dieser Deportation von mindestens 62 Solinger Sinti nach Auschwitz veröffentlicht. Seit dem Jahr 2014 organisierte der Solinger Appell gemeinsam mit anderen Initiativen und unterstützt durch das Bündnis für Toleranz und Zivilcourage jährliche Mahn- und Gedenkgänge zum Mahnmal an der Korkenziehertrasse. Norbert Schmelzer (SOS Rassismus), der Sprecher dieses Bündnisses organisierte seit dem begleitend hervorragende und sehr gut besuchte Konzerte mit virtuosens Sinti- und Roma-MusikerInnen.

3. März etablieren wie 9. November

Anlässlich des diesjährigen 75. Jahrestages der Deportation von Sinti und Roma im Bergischen Städtedreieck, haben sich zum ersten mal die drei Oberbürgermeister den drei großen Bündnissen im Bergischen, der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V., dem Solinger Bündnis für

Toleranz und Zivilcourage sowie Remscheid tolerant e.V. angeschlossen und gemeinsam zum Gedenken und zur Teilnahme an den Jahrestags-Veranstaltungen aufgerufen. „Damit sollte dieser Tag ähnlich etabliert sein wie der 9. November“, kommentierte Frank Knoche vom Solinger Appell, diesen Fortschritt. In ihrem Aufruf verweisen die Oberbürgermeister und die drei Bergischen Bündnisse nicht nur auf die Vergangenheit, sondern fordern für Gegenwart und Zukunft unter anderem die Etablierung einer angemessenen Gedenkkultur, allgemeine Sensibilisierung hinsichtlich der Diskriminierung von Sinti und Roma sowie die Unterstützung von Netzwerken, mittels derer Sinti und Roma ihre Interessen artikulieren.

Die Kultur der Sinti und Roma feiern

Auf der Abschlusskundgebung auf dem Alten Markt in Solingen forderte Dietmar Gaida (Solinger Appell) eine Kontingentregelung für aufzunehmende Roma, welche die größte Gruppe der von Abschiebung betroffen darstellen. Er bezeichnete als einen Skandal, dass die wenigen Überlebenden, vom NS-Regime verfolgte Roma und Sinti, heute immer noch um angemessene Entschädigungen kämpfen müssen. Solingens

Oberbürgermeister, Tim Kurzbach, der im vierten Jahr hintereinander am Mahnmal auf der Korkenziehertrasse, zu den knapp 60 Teilnehmern sprach, forderte dazu auf, mit der wunderbaren Kultur der Roma und Sinti „das Leben zu feiern“, welches überlebt hat, obwohl die Nazis es vernichten wollten.

Tief beeindruckt waren die 30 Teilnehmer auch von einer Bustour auf den Spuren der Sinti und Roma im Bergischen Land, organisiert u. a. von Stefan Stracke vom Verein zur Erforschung der sozialen Bewegungen im Wuppertal. Gemeinsam mit der in Wuppertal geborenen Bluma Meinhardt und deren Musikern wurden verschiedene Deportationsorte (Bahnhof Unterbarmen, Wuppertaler Polizeipräsidium) und sogenannte Zigeunerlager (Klingholzberg, Blombachtal, Klausener Straße, Gründerhammer) aufgesucht, an denen es mehrmals zu bewegenden Begegnungen zwischen dort aufgewachsenen deutschen Zeitzeugen und den dort ansässigen, bzw. vorübergehend sich aufhaltenden „Zigeunern“ kam. In diesen Gesprächen zeigte sich, dass die verbreiteten Vorurteile keine reale Grundlage hatten.

Pferdestall als Gedenkstätte erhalten

Ein weiterer Höhepunkt dieser Tour war der Besuch der Ausstellung im ehemaligen Pferdestall des Polizeigebäudes am Quimperplatz in Remscheid. Im früher als Pferdestall genutzten Gebäude der Polizeiwache, in dem vor allem Juden, Roma und Sinti, aber auch Aktive des Widerstandes inhaftiert und gequält wurden, existiert eine Gedenk- und Bildungsstätte für die Opfer des Nationalsozialismus in Remscheid, deren Bestand ungewiss ist. Für den Erhalt dieser Gedenkstätte sprach sich einstimmig der Rat der Stadt Remscheid aus und folgte damit Empfehlungen des Integrations- und des Jugendrates. Die Fraktionen lobten einhellig das große Engagement der Schüler des Ernst-Moritz-Arndt-Gymnasiums, die bereits zwei Ausstellungen in den Pferdestall geholt haben, die sich mit der NS-Zeit beschäftigen. Diese Ausstellungen sind allerdings zeitlich befristet, ebenso wie das Nutzungsrecht durch das Land NRW als Eigentümer des Gebäudes. In Remscheid gibt es schon sehr lange eine Initiative, einen Gedenkort für die 1943 deportierten Sinti und Roma zu schaffen. Ein Remscheider Künstler hat dafür sogar ein Denkmal entworfen, was leider bislang nicht angenommen und realisiert wurde. In einer Nachbereitungssitzung der Initiatoren der diesjährigen Gedenkveranstaltung wurde der dauerhafte Erhalt des ehemaligen Pferdestalles als historisch relevanter Ort für eine Gedenk- und Bildungsstätte im Bergischen Städtedreieck gefordert.

Frank Knoche



Emanuela Dimova-Gombar vom Verband Deutscher Sinti und Roma e.V. (LV NRW) am Sinti-Mahnmal an der Korkenziehertrasse
Foto: Dietmar Gaida

TÜRKEI: FREIHEIT UND GERECHTIGKEIT FÜR HAYATI GÜNGÖREN UND ORHAN PERKTAS!

In Solingen leben über 1.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger, die selbst oder deren Eltern aus der osttürkischen Stadt Ovacik bzw. anderen Orten der Region Tunceli stammen. Der „Förderverein Städtefreundschaft Ovacik/Tunceli-Solingen e.V.“ wurde 2005 gegründet.

Hauptziel des Fördervereins ist es, die Städtefreundschaft zwischen Solingen und Ovacik/Tunceli zu fördern. Dazu werden Projekte und Veranstaltungen durchgeführt und gefördert, die eine gegenseitige menschliche und kulturelle Verbundenheit bewirken.

Gerade deshalb war der Besuch von Fatih Mehmet Macoglu, Bürgermeister der Stadt Ovacik, am 2.12.2017 in Solingen ein Zeichen der Hoffnung und ein Zeichen dafür, dass die Verbundenheit zwischen Solingen und Ovacik/Tunceli wächst.

Leider wurden kürzlich mehrere Mitarbeiter des Bürgermeisters verhaftet. Wir, eine Gruppe von SolingerInnen mit deutschem Pass, die



Hayati Güngören Foto: Sibylle Arians

die Mitarbeiter Hayati Güngören und Orhan Perktas bei einer Studienreise in Ovacik kennenlernten, entschlossen uns daraufhin, ein Solidaritätsschreiben zu verfassen:

„Sehr geehrte Herren,

wir haben erfahren, dass die oben genannten am 22. August 2017 in Ovacik/Tunceli durch die Polizei der Anti-Terrorwache in Tunceli verhaftet wurden und seitdem inhaftiert sind. Derzeit sind sie untergebracht im Gefängnis in Elazığ 1 No'lu Yüksek Güvenlikli Ceza Infaz Kurumu C 60 Kogusu, Elazığ/Türkiye. Das hat uns sehr besorgt gemacht. Als Festnahme- und Inhaftierungsgründe sind genannt worden, sie seien „Mitglieder einer illegalen Terrororganisation, hätten diese unterstützt und Beihilfe geleistet“. Als angeblicher Beweis dafür wird die Teilnahme an in der Türkei legalen Aktivitäten eingesetzt (Podiumsdiskussion, Demo, Moderation). Wir haben während einer Studienreise Ovacik/Türkei zur Förderung der Städtefreundschaft zwischen der deutschen Stadt Solingen und der türkischen Region Tunceli die beiden Herren als Begleiter und Führer kennen und schätzen gelernt. Sie haben als Angestellte

der Gemeinde Ovacik über ihre Arbeit für die örtliche Bevölkerung gesprochen und über die große Hoffnung für eine bessere ökonomische und soziale Entwicklung für diese Menschen durch einen Aufschwung im Bereich des Natur-Tourismus und haben uns beeindruckt durch ihr großes Engagement. Darum auch setzen wir uns gerne für die beiden Männer ein.

Bitte lassen Sie Hayati Güngören und Orhan Perktas umgehend und bedingungslos frei und respektieren Sie ihr Recht auf gewaltlose freie Meinungsäußerung. Jeder muss ohne Furcht vor Verfolgung an legalen Veranstaltungen teilnehmen können.

Mit freundlichen Grüßen“

Diese Schreiben gingen an die türkische Justiz und in Kopie an die deutsche Botschaft in Ankara, die türkische Botschaft in Berlin, Amnesty International, die Vereinigung für Menschenrechte in der Türkei und den Bürgermeister von Ovacik. Von den türkischen Adressaten kam bisher leider keine Reaktion. Wohl aber vom deutschen Botschafter in der Türkei, Martin Erdmann, aus Ankara. Das hat uns sehr gefreut. Dieses Schreiben macht deutlich, dass seitens der Diplomatie unser bürgerschaftliches Engagement Wertschätzung erfährt und wir hoffen, dass es auch den Inhaftierten einen Vorteil bringt. In dem vom Botschafter selbst unterzeichneten Schreiben heißt es:

„Sehr geehrte Frau Arians,

vielen Dank für Ihre Schreiben vom 22. und 30. Dezember 2017, mit denen Sie mir das Solidaritätsschreiben für Hayati Güngören und Orhan Perktas an die Justizbehörden in Tunceli zur Kenntnis übersandt haben, das von Ihnen und von Christina Koss, Horst Koss, Mina Cetin, Frank Knoche, Susanne Koch und Dietmar Gaida unterzeichnet ist. Ich möchte Ihnen für Ihren Einsatz und den Einsatz der Mitunterzeichner für die beiden Inhaftierten danken. Der von Ihnen beschriebene Fall ist nicht der einzige derartige Fall. Eine Vielzahl von Personen sieht sich derzeit vergleichbaren Vorwürfen ausgesetzt. Umso wichtiger sind Akte der Solidarität für Mitglieder der türkischen Zivilgesellschaft. Ihr Engagement für die Städtefreundschaft



Der Solinger Bürgermeister Carsten Voigt im Gespräch mit Fatih Mehmet Macoglu, Bürgermeister von Ovacik – ein erster Kontakt. Foto: Sibylle Arians

zwischen der Stadt Solingen und der Stadt Ovacik in der Provinz Tunceli ist gerade in diesen Zeiten bedeutsam.

Mit freundlichen Grüßen,
Martin Erdmann“

Im März sollte nun endlich die Verhandlung sein. Wir hoffen auf einen fairen Ausgang des Verfahrens, und das kann nur Freispruch und Entschädigung für die ungerechtfertigte Haft bedeuten. Wir werden weiter berichten.

Sibylle Arians



Die Gruppe der Unterzeichner des Solidaritätsschreibens. Foto: Hayati Güngören



FRIEDEN SCHAFFEN

Abrüsten statt aufrüsten! Rüstungsexporte stoppen!

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik. Militär löst keine Probleme. Wir engagieren uns für einen grundlegenden Politikwechsel, um Kriege, Gewalt und Unterdrückung, Hunger und Massenelend zu beenden. Der wachsenden Kriegsgefahr treten wir durch unsere Forderung nach einer neuen Spannungspolitik entgegen.

Wir fordern:

- von der Bundesregierung, den von der grossen Mehrheit der UN-Mitgliedsstaaten beschlossenen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen. Der Bundestagsbeschluss von 2010 zum Abzug der US-Atomwaffen am Standort Büchel muss umgesetzt werden. Pläne zur Aufrüstung der Atomwaffen sind zu stoppen.
 - statt weiterer Erhöhung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistungen (NATO-Ziel), die dafür vorgesehenen Geldmittel von rund 30 Milliarden Euro für Bildung, Gesundheit, Umwelt und Wohnen zu verwenden und die Agenda-Politik zu beenden.
 - die Beendigung der Kriegseinsätze der Bundeswehr und statt dessen Konzentration auf Maßnahmen der zivilen Konfliktlösung.
 - eine friedliche und soziale Entwicklung der Europäischen Union und lehnen deren beschleunigte militärische Integration für weltweite Einsätze ab.
 - die todbringende Abschottung Europas gegen Flüchtlinge als zutiefst unmoralisch sofort zu beenden.
 - eine Spannungspolitik gegenüber Russland anstatt Säbelrasseln und Wirtschaftssanktionen.
 - einen Stopp aller Waffenexporte, sofort an alle Krieg führende Parteien. Wir wollen Rüstungskonversion.
- Mit einer Politik des Friedens und der Abrüstung, der Vertiefung internationaler Kooperation anstatt Konfrontation können auch Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus überwunden werden.

Aus: Ostermarschauftuf 2018

Die Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD verheißt für unser Ziel von einer friedlicheren Welt, weniger Militär und Kriege leider nichts Gutes – im Gegenteil: Die GroKo plant die Ausgaben für das Militär in den nächsten 4 Jahren fast zu verdoppeln. Bundeswehreinheiten wie die in Syrien, Mali und Afghanistan sollen fortgeführt oder sogar ausgeweitet werden. Sogar bewaffnungsfähige Drohnen sollen angeschafft werden. So gibt es für die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ gewichtige Gründe warum die GroKo ein sicherheitspolitischer Albtraum wird:

Der Entwurf des Koalitionsvertrags zwischen CDU/CSU und SPD offenbart eine massive Aufrüstung und Militarisierung. Die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ (DFG-VK) kritisiert, dass der Vertrag Militär zum zentralen Mittel der Außen- und Sicherheitspolitik macht – die Friedensorganisation beleuchtet dazu sieben Punkte des Koalitionsvertrags.

Rüstungsexporte:

Neue Rekorde absehbar!

Der Export von Kleinwaffen (Gewehre und Pistolen) ist in der letzten Großen Koalition um 47 Prozent gestiegen, deutsche Waffenexporte an die besonders problematischen Drittländer – also an nicht EU- oder NATO-Staaten – wurden massiv auf über 60 Prozent ausgeweitet. Tödliche Exporte, deren dramatische Folgen gerade deutlich beim Vorgehen der türkischen Armee gegen die Kurden in Nordsyrien mit von Deutschland gelieferten „Leopard 2“-Kampfpanzern zu sehen sind, werden nicht dauerhaft unterbunden. Stattdessen sollen sogar noch Altaufträge an aktuelle Kriegsparteien wie Saudi-Arabien und weitere Staaten, die Krieg gegen den Jemen führen, umgesetzt werden. Rüstungsexperte und DFG-VK-Sprecher Jürgen Grässlin ist empört: „Wird dieser Vertrag umgesetzt, dann schreitet das Massenmorden mit deutschen Kriegswaffen auf den Schlachtfeldern der Welt nahezu ungebremst voran.“ Als Mitglied des Trägerkreises der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ fordert die DFG-VK ein im Grundgesetz festzuschreibendes Verbot aller Waffenexporte.

Auslandseinsätze: Teuer und ohne Ziel

Die Bundeswehr-Einsätze in Mali und Afghanistan sollen laut Koalitionsvertrag fortgeführt werden, die Mission im Nord-Irak wird sogar als erfolgreich betitelt – dabei steht zwar die Terror-Organisation „Islamischer Staat“ aktuell kurz vor dem Kollaps, dafür hat sich der Krieg zwischen anderen Konfliktparteien aber intensiviert. Dazu der DFG-VK-Bundessprecher Thomas Carl Sch-

woerer: „Der Krieg gegen den Terror ist gescheitert und führt nur zu einem Fortgang der Spirale der Gewalt.“ Ein nachhaltiger Frieden sei militärisch nirgendwo zu erzielen: „Zwar wollen die Koalitionsparteien auch für zivile Konfliktlösung und Entwicklungszusammenarbeit mehr Geld ausgeben, im Vergleich zu den Milliarden für das Militär ist das aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, so Schwoerer. Das geistlose Paradigma des militärischen Vorgehens werde in dem Vertrag manifestiert.

Aufrüstung:

Immer mehr Geld fürs Militär

Das von der NATO geforderte Militärbudget von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes wollen die Koalitionäre erfüllen: „Das heißt für Deutschland nahezu eine Verdoppelung der Militärausgaben“, so DFG-VK-Bundessprecherin Katharina Müller. Bereits heute seien die Verteidigungsausgaben mit über 37 Milliarden Euro der zweitgrößte Einzelposten im Bundeshaushalt: „Während im Sozialen- und im Bildungsbereich seit Jahren gespart wird, darf sich das Militär über immer neue Milliarden freuen und weiß gar nicht mehr wohin mit dem Geld“, so Müller. Die Steigerung des Militäretats bedeute zudem eine heimliche Subventionierung der Rüstungsindustrie.

Drohnen: Ein Schritt zur Bewaffnung

Im Rahmen der „Europäischen Verteidigungsunion“ möchten die Koalitionäre die Entwicklung einer möglicherweise bewaffnungsfähigen „Euro-Drohne“ fortsetzen. Als „Übergangslösung“ sollen nicht-bewaffnete Drohnen des Typs „Heron TP“ geleast werden, deren nachträgliche Bewaffnung nur „nach ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung“ des Einsatzes dieses umstrittenen Waffensystems durch den Bundestag bewilligt werden darf. „Durch eine Verfügbarkeit von Killerdrohnen wäre die Hemmschwelle zum Töten und damit in Konflikte einzutreten gesenkt“, erklärt dazu Elsa Rassbach, Vertreterin der AG Kampfdrohnen in der DFG-VK: „Eine Beschaffung von bewaffnungsfähigen Heron TP Drohnen vor der erforderlichen grundsätzlichen Prüfung durch den Bundestag wäre unsinnig und verschwendend.“ Sie fügt hinzu, dass die nochmals im Koalitionsvertrag von 2018 bestätigte „kategoriale“ Ablehnung von völkerrechtswidrigen Drohnen-Tötungen „konsequent zur sofortigen Beendigung und zur juristischen Verfolgung jeder Beihilfe dabei im deutschen Hoheitsgebiet führen muss. Fluchtursachen bekämpfen heißt Drohnenkrieg bekämpfen“, so Rassbach.

Rekrutierung:

Weiter Minderjährige an die Waffen

2017 hat die Bundeswehr 2.128 Minderjährige an der Waffe ausgebildet. Die Zahl der 17-Jährigen bei der Bundeswehr hat sich damit ab 2011 mehr als verdreifacht – mittlerweile sind etwa zehn Prozent der jährlichen neuen Soldatinnen und Soldaten minderjährig. Obwohl sich die SPD-Bundestagsfraktion in einem Positionspapier im Juni 2017 für das „Straight 18“-Ziel – also die ausschließliche Ausbildung Volljähriger an Waffen bei der Bundeswehr – ausgesprochen hat, fehlt das Thema im Koalitionsvertrag komplett. Dazu Michael Schulze von Glaßer, der politische Geschäftsführer der DFG-VK: „Bereits 2014 haben die Vereinten Nationen von der Bundesregierung eine Änderung der Rekrutierungspraxis und ein Ende der auf Kinder und Jugendliche abzielenden Armee-Werbung gefordert – die Koalitionäre ignorieren das Thema einfach und treten damit die Kinderrechte und die internationalen Standards mit Füßen.“ Als Teil des „Deutschen Bündnis Kindersoldaten“ hat die DFG-VK im vergangenen Jahr über 30.000 Protest-Unterschriften für „unter 18 nie“ an Verteidi-

gungsministerin Ursula von der Leyen übergeben.

Atomwaffen: Floskeln statt Verbot

Als „enttäuschend“ bezeichnet Roland Blach, Landesgeschäftsführer der DFG-VK Baden-Württemberg, die Formulierungen zum Thema „Massenvernichtungswaffen“ im Entwurf des Koalitionsvertrags: „Die Passagen sind ein Inbegriff von Mutlosigkeit und absolut rückwärtsgewandt“, so Blach, der die Kampagne „Büchel ist überall – atomwaffenfrei jetzt“ betreut. In dem Papier sei mit keinem Wort der im vergangenen Jahr bei der Vereinten Nationen beschlossene Atomwaffen-Verbotsvertrag genannt: „CDU, CSU und SPD weigern sich weiterhin den Vertrag zu unterzeichnen und auch der Abzug der letzten US-Atomwaffen aus dem rheinland-pfälzischen Büchel wurde auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben.“ Statt offen Kritik an der neuen Atompolitik des US-Präsidenten Donald Trump zu äußern schieben die Koalitionäre Russland den schwarzen Peter zu: „So wird dem Wettrüsten Tür und Tor geöffnet“, bemängelt Blach. Auch wenn andere Staaten weiter an Atomwaffen festhalten wür-

de, könnte Deutschland den wichtigen Schritt gehen und sich für eine atomwaffenfreie Welt aussprechen und einsetzen.

PESKO: Auf dem Weg zur EU-Armee

Mit den schönen Worten „Friedenssicherung, Entspannung und zivile Krisenprävention“ wird im Koalitionsvertrag der Auf- und Ausbau des EU-Militärbündnisses PESCO (Permanent Structured Cooperation) beschrieben. Dabei stehe das neue Bündnis für etwas ganz Anderes: „Die Armeen in der EU werden vereinheitlicht um europäische Interessen in Zukunft auch weltweit mit Waffengewalt durchsetzen zu können“, erklärt Ralf Buchterkirchen, DFG-VK-Bundessprecher, zum entsprechenden Abschnitt des Koalitionsvertrags. Es gehe darum die Streitkräfte in der EU zu einer „Weltpolizei“ nach Vorbild der US-Armee umzubauen: „Und zu was das führt kann man im Nahen- und Mittleren-Osten sehen, der immer wieder durch ausländische Militärinterventionen destabilisiert wird“, so Buchterkirchen.

Aus: Erklärung der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG/VK)



Der Solinger Kirchhof (Heute Fronhof) im 18. Jh. Rechts die Ref. Kirche, gegenüber die ehemalige Luther-Kirche. Gesehen vom Marktroster aus (heute Kirchstr.).

3d-Rekonstruktion und Foto: Heinz Mähner

SOLINGEN 3D

Drei was? D wie Dimension, x, y, z. Geht doch gar nicht. Stimmt. Bis man es macht. Manchmal habe ich gefragt wie sah es hier früher aus? Vor Hundert- Zwei-, Dreihundert Jahren. Nach einigen Jahren Vorbereitung und Modelling sind einige Beispiel-Bilder entstanden, sie sind noch nicht perfekt und sollen auch „nur“ einen ersten Eindruck von dem vermitteln, was ich mache. Auf der anderen Seite, ich kann auch nur so gut sein wie das Material, das mir zur Verfügung steht. Also wer noch Unterlagen irgendwelcher Art hat, ich bin für alles dankbar was dabei hilft, eine möglichst genaue Rekonstruktion zu erstellen. Der Zeitraum, den die Rekonstruktion umfassen soll, beginnt mit dem 9. Jh. und endet am 5.11.1944. Es geht nur um den Bereich vom Schlagbaum bis zum Werwolf und vom Weyersberg bis zur Schwertstr. Nicht möglich? Stimmt. Denn die Erde ist eine Scheibe. Warum das Ganze? Um Solingen ein Stück Identität zurückzugeben und eine neue Sicht auf das alte Solingen zu ermöglichen. Mit den einmal erstellten Daten ist es möglich, neue historisch zuverlässige Ansichten zu generieren oder Videos zu erstellen und den Multimedia-Möglichkeiten sind fast keine Grenzen gesetzt.

Weitere Bilder sind unter:
www.pinterest.de/HeinzMaehnerSolingen/
zu finden.

Heinz Mähner



GEFANGEN AUF LESBOS

Zwei Jahre nach der Massenflucht übers Mittelmeer kommen abermals Tausende auf den griechischen Ägäis-Inseln an und sitzen weiterhin unter unerträglichen Bedingungen dort fest.

Anfang Februar reiste eine Amnesty-Delegation auf die griechischen Inseln Chios und Lesbos, um die katastrophale Situation Tausender geflüchteter Menschen zu dokumentieren. Sie warten alle darauf zu erfahren, ob sie weiterreisen dürfen, um endlich Sicherheit zu finden. Man darf nicht vergessen: Auch hier auf den griechischen Inseln



Flüchtlingszelt im Vial-Camp auf der griechischen Insel Chios im Januar 2018
© Amnesty International/ Giorgos Moutafis

herrscht Winter. Es war monatelang unglaublich kalt und nass. Eine unerträgliche Situation für die Betroffenen! Zurzeit sind 15.000 Personen auf den griechischen Inseln gestrandet. Die meisten von ihnen sind aus ihrer vom Krieg zerrütteten Heimat geflohen. Laut einem Deal zwischen der EU und der Türkei von März 2016 wurden Tausende gezwungen, über Monate auf den Inseln zu bleiben, während die griechischen Behörden darauf hoffen, möglichst bald, viele dieser Menschen wieder in die Türkei zurück zu schicken. Der Deal basiert auf der Annahme, dass die Türkei ein sicherer Drittstaat für syrische Flüchtlinge sei. Dies ist nicht der Fall. Der EU-Türkei-Deal wurde von vielen als Erfolg gefeiert, da seither weniger Schutzsuchende in Griechenland angekommen sind. Doch in Wirklichkeit ist es nur eine weitere Strategie der EU, die eigene Verantwortung für den Flüchtlingsschutz auf andere Länder abzuwälzen. Es zwingt zudem tausende, besonders Schutzbedürftige in entsetzlichen Bedingungen zu verharren.

Nichts gelernt

Sollte die Türkei das im März 2016 mit der EU ausgehandelte Abkommen platzen lassen,



Eine Flüchtlingsfamilie aus Afghanistan im Vial-Camp auf der Insel Chios im Januar 2018
© Amnesty International/ Giorgos Moutafis

wäre das für sein Land eine „Katastrophe“. Denn laut Abkommen sollen die in der Ägäis angekommenen Flüchtlinge nach erfolgreichem Asylverfahren in anderen EU-Staaten angesiedelt werden – den Abgelehnten droht die Abschiebung in die Türkei. Die Realität sieht freilich anders aus: Nicht einmal ein Drittel der 106.000 Flüchtlinge, denen eine Umsiedlung versprochen wurde, seien bislang in anderen europäischen Ländern untergekommen, bemängelte Amnesty International im Herbst. Wegen der katastrophalen medizinischen Lage auf den Ägäis-Inseln schlagen inzwischen auch renommierte Hilfsorganisationen Alarm: so im Oktober „Ärzte ohne Grenzen“, die der Regierung in Athen und der Europäischen Union vorwarfen, für einen psychosozialen Notstand unter den Asylsuchenden verantwortlich zu sein. Gewalt, Vernachlässigung und die schlechten Lebensbedingungen in den Auffanglagern auf den griechischen Inseln seien für den dramatisch schlechten Seelenzustand vieler Patienten maßgeblich verantwortlich. Nur eine rasche Verlegung auf das Festland könne einen besseren Zugang zur dringend benötigten Gesundheitsversorgung ermöglichen. Wenn man nur als Besucher in die Camps kommt, ist es schwer sich vorzustellen, dass Menschen auch nur eine einzige Nacht unter diesen Bedingungen leben müssen. Menschen werden hier gefangen gehalten. Sie

warten auf ihr Schicksal – möglicherweise das fürchterliche Schicksal, in ihre Heimatländer zurückkehren zu müssen und somit zu den Gefahren, vor denen sie geflohen sind. Das ist ungerecht – sie brauchen Hoffnung auf ein besseres Leben und haben sie verdient.

Twitterte an den griechischen Premierminister

Du willst mehr machen? Fordere den griechischen Premierminister Alexis Tsipras auf Twitter auf jetzt einzuschreiten, um die Menschen von den Inseln zu holen. Hier findest du einen Tweet, wie er sein kann: [.@PrimeministerGR](https://twitter.com/PrimeministerGR) – please don't forget about the refugees stranded on the Greek islands. They are human beings who deserve better conditions and a brighter future away from there.

#RefugeesWelcome #Open TheIslands
<https://www.amnesty.org.uk/blogs/campaigns/greek-islands-refugees>

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Gruppennummer: 1424
Burger Landstr. 19, D42659 Solingen
E: info@amnesty-solingen.de
www.amnesty-solingen.de
SPENDENKONTO 80 90 100
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 370 205 00
Stichwort: 1424



Gruppentreffen finden in der Regel jeden 1. Mittwoch im Monat um 19:30 Uhr statt bei der Lebenshilfe im Südpark, Alexander-Coppel-Str. 19-21
Eingang zum Portugiesischen Zentrum, Seminarraum 1. Etage

Veranstaltungen

15.4. 13:00 ADA W: Auch vor 25 Jahren: Basisinfos für Refugees (deutsch/ arabisch)
17.4. 18:00 VHS W: Ausstellungseröffnung „Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“
18.4. 20:00 AZ W: NSU und SG 1993 mit Caro (Berlin, NSU-Watch)
19.4. 20:00 ADA W: Film zu den NSU-Morden mit Regisseur Sobo Swobtnik (Berlin)
21.4. 15:00 Friedhofstr. 13 W: Gedenken an die Kinder der Zwangsarbeiter*innen
24.4. 19:30 ZACK D: Info- und Mobilisierungs-Veranstaltung Solingen 1993
26.4. 18:30 Walder Stadtsaal SG: Gewerbegebiete bedrohen die regionale Landwirtschaft. BI Rettet das Ittertal. Vorträge und Positionen der Fraktionen
27.4. 21:00 Tacheles W: Film: „Der Kuaför aus der Keupstraße“
28.4. 15:00 ADA W: Das demokratische Experiment Fatsa und Devrimci Yol - Erzählcafé zur Geschichte der türkischen Linken
28.4. 15:00 Alte Feuerwache W: Ibrahim Arslan (Opfer und Überlebender von Mölln)
29.4. 11:00 Wenzelnberg ME/SG: Gedenkfeier
1.5. 10:30 Parkplatz Birker Str. SG: DGB 1. Mai Demonstration
1.5. 14:00 Platz der Republik W: Autonome 1. Mai-Demonstration
2.5. 19:30 KAW LEV: Mobilisierungs/ Infovortrag: Der Solinger Brandanschlag 1993 - ein Überblick 25 Jahre danach
8.5. 17:00 Theodor-Fontane-Str. 52 W: Gedenkfeier auf dem Friedhof Nonnenberg an den Gräbern der Zwangsarbeiter*innen
8.5. 20:00 Stilbruch W: „Täterprofil: Südländischer Typ“ Info-VA zu Racial Profiling
9.5. 19:00 Marienstr. 52 W: HAK-Pao und der Verfassungsschutz
13.5. 16:00 ADA W: Feindbild „Ausländer“ - Repression gegen migrantische Linke
15.5. 19:00 Linkes Zentrum D: Mobilisierungs-Veranstaltung zur Demo am 26.5. in Solingen
17.5. 20:00 ADA W: Angriff aufs Asylrecht 92/93 und heute mit Hagen Kopp
19.5. Abends SG: Konzert „Love Music - hate Fascism!“ mit Kutlu (Microphone Mafia), Pablo (Irie Revolté), Chaoze One
22.5. 19:00 Utopiastadt W: Ausstellungseröffnung „Rassistische Gewalt im kollektiven Gedächtnis von Migrant*innen türkischer Herkunft?“
23.5. 19:00 Theater SG: Gedenkveranstaltung „Solingen 1993 - Niemals vergessen!“ U.a. mit Ibrahim Arslan (Opfer und Überlebender in Mölln), Kutlu Yurtseven (Initiative „Keupstrasse ist überall“ u. „NSU-Komplex auflösen“), Dogan Akhanli (Autor), Rolf Gössner (Rechtsanwalt), Solinger Appell, Alevitische Gemeinde (zum Massaker in Sivas)
26.5. 12:00 Südpark SG: Demonstration Solingen 1993 - Niemals vergessen!
26.5. 19:00 Cobra SG: Konzert mit Pippo Pollina und Wilfried Schmickler
29.5. 16:00 Mahnmal Mildred-Scheel-Schule SG: Gedenken
6.6. 19:30 KAW LEV: VS und Neonazismus
16.6. ab 12:00 Berliner Platz W: Protest gegen „Die Rechte“
www.facebook.com/wuppertalkeinplatzfuer/

gruppeninfos

Alevitische Kultur Gemeinde Solingen und Umgebung e.V.:

Weyersberger Str. 32, Kontakt: isolmaz@arcor.de

AG Weiße Rose: Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

Amnesty international:

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20 Uhr, Lebenshilfe (Südpark), Alexander-Coppel-Str. 19-21, Kontakt: Tel.: 4 15 78

Attac-Frühstückstreff: Jeden 3. Mittwoch, 10-12 Uhr im Café Courage

Ausländerrechtliche Beratungskommission: Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt:

Helmut Eckermann (Tel.: 4 15 78) oder

Diakonisches Werk, Ewa Scott (Tel.: 2 87 27)

BürgerEnergie Solingen eG: Kontakt und weitere Informationen: www.buergerenergie-solingen.de, info@buergerenergie-solingen.de

Bürgerinitiative „Rettet das Ittertall“: www.rettetdasittertal.de,

Post@rettetasittertal.de

Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“: Jeden 3. Dienstag im Monat, 18:30 Uhr, Café

Courage, Mehr Infos: www.solingen-gehoert-uns.org, info@solingen-gehoert-uns.org

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

Cow Club: www.cowclub.de, Kontakt: Wohnzimmer, Düsseldorfer Str. 87 donnerstags 20 Uhr

Critical Mass: Radfahrer treffen sich zu gemeinsamer Fahrt, sie wollen mehr Unterstützung für das Radfahren. Jeden 3. Freitag im Monat um 19 Uhr, SG Parkplatz Eissporthalle

DFG/VK: Kontakt: Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

FAU Solingen: anarchosyndikalistische Gewerkschaft, Offenes Treffen jeden dritten Freitag im Monat im Café Courage um 19:30 Uhr, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

Flüchtlingshilfe Solingen e.V.: www.fluechtlingshilfe-solingen.de, Ufergarten 25, 42651

Solingen, Tel.: 20 00 25 34, Fax: 20 00 25 25

Förderverein Freibad Aufderhöhe: Kontakt: Birgit Evertz,

Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Förderverein Städtefreundschaft Ovacik/Tunceli - Solingen e.V.:

ovaciksolingen@web.de, Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1, 42651 Solingen

Frauenhaus: Tel: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str. 59, Tel: 5 54 70

Informationsbüro Nicaragua: Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“: Kontakt: D. Donner, Tel.: 0 21 03/6 50 30

Naturfreundegruppe Wald-Ohligs, Haus Holzerbachtal: Eipaßstr. 25b, 42653 SG, Tel.: 0212-313791, Sa.-So. offen, Infos und Programm: www.naturfreundehaus-holzerbachtal.de

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein: www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de, Kontakt:

Thomas Bloss, Tel.: 2 30 97 77

Schritt für Schritt Brückenbauen, ein Selbsthilfeprojekt für soziale Teilhabe von Erwerbslosen.

Kullerstr. 4 Tel.: 02 12/23 13 44 16

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rassismus: c/o Café Courage,

Kontakt: solinger-appell@riseup.net Treff: Do. 26.4.18, 20 Uhr, dann 14-tägig Café Courage

Solinger Arbeitslosenzentrum „Salz“: Kuller Straße 4-6, Tel.: 02 12/23 13 44 33,

KdU-Treff jeden Dienstag um 14 Uhr

Stiftung W: www.stifung-w.de; mail@stifung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

tacheles: tacheles-solingen@gmx.de, www.tacheles-solingen.de; c/o Café Courage

Türkischer Volksverein Solingen und Umgebung e.V.:

Mehrgenerationenhaus, Mercimekplatz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

Unterstützerkeis Stolpersteine für Solingen:

c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel.: 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA):

www.solingen.vvn-bda.de, c/o Café Courage, Kontakt: Inge Krämer, Tel.: 590 788